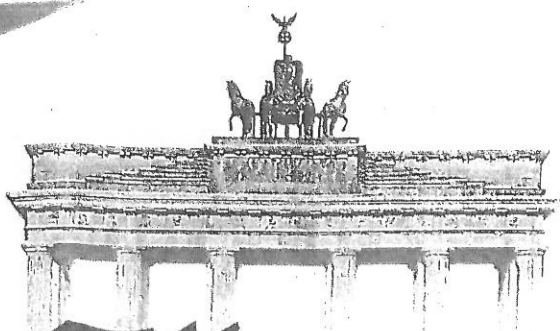


US-Justiz: Erpressung
als Geschäftsmodell S. 7



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Eur

Nr. 24 - 14. Juni 2014

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST: Gebühr bezahlt

CHE

g fehlt
er NSU-
nt,
ach 2

rlin

ändnisse
l ein
t,
auen 3

zeit
rdet
4

ben
swahl in
en,
Basis 5

pedusa
d an
erzahl 6

isung«
mati-
richt 9

AG 11



EZB-Chef Mario Draghi: Er senkt den Druck auf südeuropäische Krisenländer und lässt Nordeuropäer dafür zahlen

Bild: action press

Jetzt sind wir dran

EZB erzwingt lieber gigantische Masseneuteignung deutscher Sparer als Reformen

Bislang mochten die Deutschen die Euro-Krise für ein Phänomen halten, das ausschließlich in den sogenannten „Krisenländern“ des Südens wütet, sie selbst aber weitgehend ungeschoren lässt. Das war von Anfang an eine Illusion, die sich nun auflöst.

Mit den schmerzlichen Kürzungen bei den zur Auszahlung fälligen Lebensversicherungen haben die Deutschen einen ersten akuten Schlag einstecken müssen – also einen, der nicht erst langfristig wirkt wie Kreditausfälle bei den „Rettungsschirmen“ und real negative Zinsen.

Die Entscheidung der EZB, den Einlagenzins für Banken ins Minus zu drücken, ein historischen Novum, kündigt an, dass dies erst der Anfang einer gigantischen Masseneuteignung war, mit der die Deutschen für den

Fortbestand des Euro bluten sollen.

Den Einlagenzins zahlen Geschäftsbanken, die Geld bei der Zentralbank deponieren. Ab sofort bekommen sie dafür laut EZB-Chef Mario Draghi keine Zinsen mehr, sondern müssen welche bezahlen. Kein Zweifel, dass sie die Kosten dafür den Sparern aufdrücken.

Ziel sei es, die Banken, vor allem in Südeuropa, dazu zu drängen, mehr Kredite an Privat- und Geschäftskunden auszugeben, statt Geld zu horten, so die EZB. Damit solle die lahrende Wirtschaft angekurbelt werden.

Experten weisen dies als Blütentraum zurück. In dem verheerenden Wirtschaftsumfeld Südeuropas werde auch dann kaum

jemand investieren, wenn Kredite noch billiger seien.

Die Fachwelt befürchtet etwas ganz anderes: Die dringend reformbedürftigen Länder werden die noch niedrigeren Zinsen nutzen, um schmerzhaft (und daher unpopuläre) Einschnitte zu unter-

lassen. Dies fällt ihnen nun noch leichter, denn da neue Kredite nun so günstig sind, wie nie zuvor, machen sie einfach neue Schul-

den. Damit verlieren ihre Länder aber nur weitere Jahre, fallen weiter zurück und erleben danach ein noch brutaleres Erwachen.

Damit zahlen die deutschen Sparer nur dafür, dass die Politiker in den einstigen Weichwährungs-ländern, welche die Euro-Zone heute beherrschen, sich abermals

zurücklehnen können. Dafür, dass sie sich nach der Devise „Nach uns die Sintflut“ Ruhe für die nahe Zukunft kaufen können, weil für sie die fernere sowieso nicht so wichtig ist.

Längerfristig gewinnen wird lediglich eine winzig kleine, aber märchenhaft reiche Schar von Rienspekulanten, die mit dem Billiggeld, zu dem die Euro-Zentralbank die Ersparnisse der Deutschen gemacht hat, weitere Blasen aufpumpt und absahnt. Die Immobilien- und Aktienpreise laufen bereits heiß.

Wer ein Gedächtnis hat, der weiß noch, wie die erste Euro-Krise begann: genauso. Nur dass wir heute auf einem weitaus brüchigeren Fundament mit viel höheren Schulden balancieren. Verblüffend ist, wie regungslos die Deutschen ihre Enteignung hinnehmen.

Hans Heckel

Deutsche bluten dafür, dass Südländer nicht handeln

JAN HEITMANN:

Lob und Tadel

Man mag es kaum glauben: In Hamburg wird eine Uferpromenade nach der 1893 geborenen britischen Schriftstellerin Vera Brittain benannt. Nicht, weil sie praktizierende Pazifistin war, sondern weil sie als solche 1944 in ihrer Schrift „Massacre by bombing“ vehement gegen den Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung protestierte. Dass demnächst eine Verkehrsfläche in dem im Feuersturm 1943 untergegangenen Stadtteil Hammerbrook ihren Namen tragen wird, ist Gerfried Horst, dem Vorsitzenden des Vereins „Freunde Kants und Königsb ergs“, zu verdanken, der den Anstoß zu der Benennung gab. Lob verdienen aber auch die Bezirks gremien und der Hamburger Senat, weil sie seinem Vorschlag gefolgt sind. Um der historischen Wahrheit und der deutsch-britischen Verständigung willen, die nur auf dem Boden dieser Wahrheit ehrlich gedeihen kann.

Befremdlich dagegen ist die Entscheidung zur Errichtung eines Deserteursdenkmals in der Hansestadt, wird damit doch suggeriert, Fahnenflucht sei ausnahmslos ein Akt der Opposition gegen das NS-Regime gewesen. Zweifellos haben viele Deserteure aus diesem lauterem Motiv gehandelt. Aber längst nicht alle Fahnenflüchtigen haben für ihr Verhalten eine Ehre verdient. Kritikwürdig ist auch die Wahl des Standortes in zentraler Lage direkt neben dem 1936 für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichteten Ehrenmal und einem nie fertiggestellten „Gegendenkmal“. Denn damit wird eine Botschaft ausgesendet, die nicht der historischen Wahrheit entspricht: hier der per se böse Soldat, dort der per se gute Deserteur. Dafür gibt es einen Tadel.

Ilkorb für Steinbach

verbittet sich weitere Debatten in Hessen-CDU zur AfD

Der Vertriebenen Erika Steinbach. Das zum konservativen Flügel der CDU zählende Polit-Urgestein hatte im „Spiegel“ lobende Worte für die neue Partei von Bernd Lucke gefun-

Wagner. Alle drei hoffen, mit einer Öffnung gegenüber der AfD auch die CDU wieder ein wenig nach rechts bewegen zu können.

Zudem gibt es auch gute Sachar-

»Spinner« ist erlaubt

Bundesverfassungsgericht: Gauck darf NPD-Anhänger beleidigen

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem von der NPD angestregten Organstreitverfahren entschieden, dass Bundespräsident Joachim Gauck

und allgemeinpolitische Herausforderungen entsprechend seiner Einschätzung eingehen könne. Dabei sei der Amtsinhaber in der Wahl der Themen ebenso frei wie „in der

Der Bundespräsident habe mit der Bezeichnung „Spinner“ zwar ein negatives Werturteil abgegeben, das „isoliert betrachtet durchaus als diffamierend empfunden wer-